

Medienkonferenz Initiative „Faire Steuern – Für Familien“, 21. August 2012

Erneutes Abgleiten in Schulden- und Abbauspирale verhindern

Blaise Kropf, Grossrat, Gewerkschaftssekretär vpod, Präsident Grüne Kanton Bern

Die Grünen, die SP und die EVP haben anlässlich der Beratung der Steuergesetzrevision im November 2009 und März 2010 ausdrücklich vor deren gravierenden finanziellen Konsequenzen gewarnt. „Aufgrund der Wirtschaftskrise müssen wir gegenüber der Finanzplanung des letzten Jahres für die Jahre 2011–2013 – halten Sie sich fest – mit Steuermindererträgen von 457 bis 523 Mio. Franken rechnen. [...] Mit anderen Worten: Auch ohne Steuergesetzrevision werden wir uns massiv anstrengen müssen, um die Krise verfassungskonform ohne Neuverschuldung zu überstehen.“ So lautete das Fazit im Rahmen der ersten Lesung im November 2009. Im Rahmen der zweiten Lesung im März 2010 war die Warnung genau so deutlich: „Für einen steuerpolitischen Minischritt einen finanzpolitischen Totalschaden beim Kanton und den Gemeinden in Kauf zu nehmen, wäre ein ganz schlechter Rat. Für ein kleines steuerpolitisches Strohfeuerchen den innerkantonalen Zusammenhalt und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden aufs Spiel zu setzen ebenfalls. Den Kanton Bern – alleine um einen möglichen Gesichtverlust zu verhindern – in eine neue finanzpolitische Misere und Schuldenspirale zu bringen, womit wir ja genug leidvolle Erfahrungen machen mussten, wäre sowieso ein falscher Schritt.“

Die vorliegenden Zahlen geben Grünen, SP und EVP in dramatischem Ausmass Recht. Wovor wir seit der Beratung der Steuergesetzrevision gewarnt haben, ist eingetreten: Die Steuersenkungen reissen ein Riesenloch in den Kantonshaushalt und drohen, eine neue Schulden- und Abbauspирale in Gang zu setzen. Trotz schmerzhaften Sparmassnahmen wie dem Lektionenabbau an der Volksschule und der Kürzung von 80 Mio. Franken bei den Spitälern droht für das Jahr 2012 ein Defizit von über 425 Mio. Franken. Wenn der Grosse Rat wie von den Grünen beantragt auf Steuersenkungen verzichtet hätte, präsentierte sich die Lage heute um 140 Mio. Franken besser. Mit der Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ haben wir die einmalige Chance, die Fehler von 2009 und 2010 zu korrigieren. 80 Mio. Franken beträgt die Verbesserung des kantonalen Finanzhaushalts, wenn die Initiative angenommen wird. 80 Mio. Franken entsprechen dem Gegenwert von 8 Schul-Wochenlektionen. Solche Abbau- und Sparmassnahmen sind nicht im Interesse des Kantons Bern und seiner Bewohnerinnen und Bewohner.

In diesem Zusammenhang sei einmal mehr daran erinnert, dass der Kanton Bern über leidvolle Erfahrungen mit solchen Fehlentscheiden verfügt. Die Hauptursache für die Verschuldungsspirale in den 1990er Jahren lag in drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Steuersenkungen Ende der 1980er Jahre. Die Folgen dieser Politik beschäftigten den Kanton Bern während eineinhalb Jahrzehnten – und die Restbestände davon sind noch immer da. Nun sollten wir aus diesen Fehlern lernen und nicht zwei Jahrzehnte später die alten Fehler wiederholen. Um einen inakzeptablen Leistungsabbau zu verhindern, braucht es jetzt ein Ja zur Initiative „Faire Steuern – Für Familien“.

Die Forderungen der Initiative sind auch im internationalen Kontext absolut angemessen und alles andere als weitreichend. Überall auf der Welt läuft derzeit eine virulente Diskussion über eine angemessene Besteuerung (sehr) vermögender und/oder einkommensreicher Personen (siehe die Kritik von Warren Buffett am amerikanischen Steuersystem); in der Schweiz ist diese Diskussion bedauerlicherweise (noch) nicht richtig angekommen. Doch wie im Ausland wurde auch in der Schweiz und im Kanton Bern die Besteuerung des Vermögens in den letzten Jahren immer mehr reduziert. Im Interesse des sozialen Zusammenhalts unserer Gesellschaft und einer nachhaltigen Finanzierung der öffentlichen Leistungen drängen sich hier gezielte Korrekturen auf.

Um ein Abrutschen in eine Schuldenspirale zu verhindern, braucht es jetzt Korrekturen. Dabei sind alle gefordert. Was definitiv nicht mehr verantwortbar ist, sind weitere Ertragsausfälle für die öffentliche Hand. Mit einem Ja zur Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ lässt sich die kantonale Finanzlage um 80 Mio. Franken pro Jahr verbessern – der Gegenvorschlag des Grossen Rates führte indessen zu einer zusätzlichen Belastung von 13 Millionen Franken.